

Europa muss gerechter werden

Großbritannien hat sich gegen Europa entschieden. Die Gewerkschaften erwarten, dass aus diesem Schritt die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Es gilt, das soziale Europa stärken.

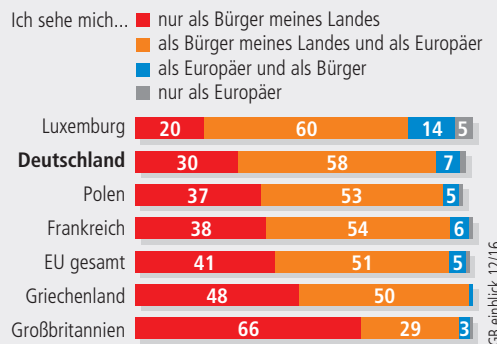
Brexit. Europaweit hatten die Gewerkschaften auf ein anderes Votum der Briten gehofft. Die proeuropäische Kampagne des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC wurde vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), vom DGB und von vielen anderen Gewerkschaften unterstützt. Einig sind sich die Gewerkschaften quer durch Europa auch jetzt, dass es nun gilt, den Schaden zu begrenzen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann erwartet, dass die Austrittsverhandlungen so geführt werden, „dass sie nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger gehen“. Der EGB-Generalsekretär Luca Visentini spricht von „einem schwarzen Tag“ für die ArbeitnehmerInnen. Er fordert die EU auf, sicherzustellen, dass der Brexit nicht zum Startschuss wird, um Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte zu vernichten.

Auch der spanische Gewerkschaftsbund UGT befürchtet, dass Rechte der ArbeitnehmerInnen eingeschränkt werden, wie Generalsekretär Pepe Álvarez warnt. Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, verspricht, weiter mit den „britischen Kollegen in den über 320 europäischen Betriebsräten daran zu arbeiten, dass die britischen Standorte Perspektiven haben“. Frances O’Grady, Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, ist sicher, dass sich die Entscheidung gegen Europa negativ auf die Wirtschaft und damit auf die Arbeitsplätze auswirken wird. In einem Interview mit der BBC forderte sie einen „nationalen Plan“, der die britische Wirtschaft vor einem Crash bewahrt und die Arbeitsplätze sichert.

Neben der Unterstützung für die britischen KollegInnen geht es den Gewerkschaften aber auch dar-

Briten: Große Distanz zu Europa

Zugehörigkeitsgefühl zu eigener Nation und zu Europa von BürgerInnen ausgewählter EU-Staaten (Angaben in Prozent)



um, für die verbliebenen 27 Mitgliedstaaten an einem Europa zu bauen, das den BürgerInnen zeigt, dass sie in einer solchen Gemeinschaft gut aufgehoben sind. Für Reiner Hoffmann heißt das: „Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen sich jetzt gegen eine weitere Polarisierung der Gesellschaften und soziale Spaltung einsetzen.“ Entscheidende Schritte für den sozialen Zusammenhalt sind aus Gewerkschaftsperspektive, sich vom bisherigen Sparkurs zu verabschieden und mehr zu investieren, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeitnehmerrechte zu stärken. „Gerechte Verteilung statt wachsende Unsicherheit“ fordert der Metaller Hofmann für Europa. Denn, so warnt Visentini, „Europa ist desillusioniert, nicht nur Großbritannien“.

• INHALT

- 3 **Plattform-Ökonomie**
Viele Verlierer
- 5 **Initiative**
Neustart für Europa
- 7 **Rechtspopulismus**
Gegenstrategien

Sommertour durch die Betriebe

Vorsitzende vor Ort. Vier Tage reist der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gemeinsam mit den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften durch die Republik, um sich vor Ort ein Bild vom Zustand der Arbeit zu machen. Vom 4. bis zum 7. Juli besuchen sie Betriebe und Schulen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen. Integration von Flüchtlingen, Schicht- und Leiharbeit, Werkverträge, Digitalisierung oder auch Arbeitszeitmodelle sind die Themen der Sommerreise. Im Mittelpunkt der Reise stehen Gespräche mit Betriebs- und Personalräten und nicht zuletzt mit den Beschäftigten selbst. ●

| www.dgb.de/sommertour

LAST CALL

einblick zum Anfassen

Der einblick geht neue Wege: Mehr Online – weniger Print. Er wird aktueller und informativer. Nach der Sommerpause erscheint der gedruckte einblick nur noch monatlich statt wie bisher vierzehntäglich – wie gewohnt als Printausgabe oder als PDF im E-Mail-Abo. Wie bisher bleibt der Bezug kostenlos. Neu dazu kommt ein aktueller wöchentlicher E-Mail-Newsletter, der über aktuelle Entwicklungen informiert. Und auch im Internet gibt es mehr einblick – laufend aktualisiert und ergänzt.

Deshalb fragt die Redaktion die LeserInnen: Wie wollen Sie künftig ihren einblick? **Wer weiterhin den einblick „zum Anfassen“ haben möchte, den bitten wir um Rückmeldung – auch wenn Sie bereits als Print-Abonnent erfasst sind. Wer auf die gedruckte Ausgabe auch in Zukunft nicht verzichten möchte, muss die Printfassung ausdrücklich anfordern. Mehr dazu auf Seite 5.**

Kompromiss bringt 34 Cent mehr

Mindestlohn. Rund vier Millionen GeringverdienerInnen sollen ab 1. Januar kommenden Jahres 34 Cent pro Arbeitsstunde mehr verdienen. Die Mindestlohnkommission hat einstimmig beschlossen, der Bundesregierung eine Erhöhung des Mindeststundenlohns auf 8,84 Euro vorzuschlagen. Damit steigt das Monatsentgelt von vollzeitbeschäftigten MindestlohnbezieherInnen auf rund 55 Euro. Die Wirtschaft profitiert von erhöhter Kaufkraft, und auch in die Steuer- und Sozialsysteme wird mehr einbezahlt.

Für DGB-Vorstands- und Kommissionsmitglied Stefan Körzell ist der Kompromiss, der mit den Arbeitgebern gefunden wurde, „vertretbar“. Immerhin hat die Kommission den letzten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst berücksichtigt. Das gehörte zu den Forderungen der Gewerkschaften. Mit einzelnen Aspekten des Evaluationsberichts zum Mindestlohn, der der Beratung zugrunde lag, seien die GewerkschaftsvertreterInnen allerdings nicht einverstanden, betont

Körzell. In einer gesonderten Stellungnahme (www.dgb.de/-lgdm) haben sie die gewerkschaftlichen Positionen zu Ausnahmen vom Mindestlohn, unzureichenden Kontrollen und Sanktionen sowie zur Rolle der Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt noch einmal dargelegt. Die Mindestlohnkommission besteht aus einem Vorsitzenden, jeweils drei stimmberechtigten Mitgliedern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sowie zwei beratenden WissenschaftlerInnen.

Der Kommissionsvorsitzende Jan Zilius hofft, dass die Datenbasis in Zukunft besser sein wird. Der Zeitraum von der Einführung des Mindestlohns im Januar 2015 bis heute sei zu kurz, um aufgrund „gesicherter Erkenntnisse über die Wirkung des Mindestlohns“ eine Bilanz ziehen zu können. ●

● IM NETZ

www.mindestlohn-kommission.de Beschluss und Bericht
www.dgb.de/-lgdw DGB-Datenkarte zum Mindestlohn

CETA neu verhandeln

Freihandel. Der DGB und der Canadian Labour Congress (CLC) haben erneut ihre Kritik an dem europäisch-kanadischen Handelsabkommen bekräftigt (*einblick 19/2015*). Die Vorsitzenden der Dach-

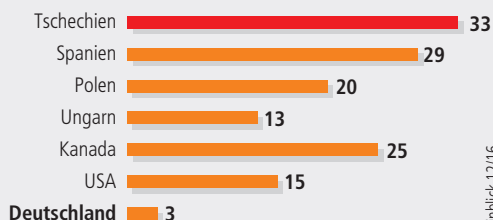
verbände, Reiner Hoffmann (DGB) und Hassan Yusuf (CLC) betonen in einer gemeinsamen Erklärung, dass sie CETA in seiner jetzigen Form ablehnen, weil es nicht sicherstelle, dass sich der „Marktzugang für ausländische Unternehmen nicht nachteilig auf die Beschäftigten auswirke“. Vor allem sei die öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausreichend geschützt: „Unsere Forderungen, nach einer umfangreichen Ausnahme, die öffentliche Dienstleistungen auch von den Investitionsschutzbestimmungen ausnimmt, wurden nicht erfüllt.“ Das Investitionsschutzkapitel, das Investoren Sonderklagerechte gegenüber Staaten einräumt, müsse generell gestrichen werden, fordern die beiden Vorsitzenden. Bei CETA fehlten „effektiv umsetzbare“ Regeln zum Schutz und zur Verbesserung der Rechte von ArbeitnehmerInnen.

Der DGB ruft mit dazu auf, sich an den geplanten Demonstrationen gegen CETA am 17. September zu beteiligen. In sieben Städten, unter anderem in Berlin, Frankfurt/Main und München, soll gegen die Freihandelsabkommen CETA, das als „Blaupause“ für TTIP gilt, demonstriert werden. ●

www.dgb.de/-lgjg

Auf der Anklagebank

Laufende und abgeschlossene Investitionsschutzklagen gegen Staaten*, Stand Januar 2016



*Die am stärksten betroffenen EU-Länder sowie Deutschland, Kanada und die USA

Quelle: UNCTAD

© DGB einblick 12/16

Die von den Gewerkschaften kritisierten Schiedsgerichtsverfahren sorgen für teure und langwierige Prozesse. Zahlreiche Staaten mussten und müssen – auch schon vor CETA und dem geplanten Abkommen mit den USA (TTIP) – aufgrund dieser Klausel in den bestehenden Freihandelsabkommen ihre politische Entscheidungen verteidigen.

Keine Steuergerechtigkeit durch Reform

Erbschaftssteuer. Die Reform der Erbschaftssteuer ist nach Auffassung des DGB gründlich misslungen. Von der neuen Regelung sei „weder mehr Steuergerechtigkeit noch ein halbwegs handhabbares Steuerrecht zu erwarten“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Stefan Kör-

zell die Reform und stellt fest: „Die Anforderungen an die Unternehmen sind lächerlich niedrig.“ Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht gerade kritisiert, dass Betriebsvermögen zu stark geschont würden. Für den DGB wäre der richtige Weg, die Erbschaftssteuer

ohne Ausnahmen für bestimmte Vermögensarten zu erheben. Mit dem dann steigenden Steueraufkommen wäre das Geld vorhanden, um wichtige Zukunftsaufgaben anzupacken. Der Bundesrat wird sich am 8. Juli mit dem Gesetz befassen. ●

Nachbessern beim Teilhabegesetz

Der Bundestag hat es in der Hand, notwendige Korrekturen am Bundesteilhabegesetz durchzusetzen. Ein breites Verbändebündnis warnt, dass der Gesetzentwurf Leistungseinschränkungen für Behinderte bringen könnte. DGB, Deutscher Behindertenrat, Paritätischer Gesamtverband, und das Deutsche Rote Kreuz fordern in einer gemeinsamen Erklärung, nachzubessern. „Inakzeptabel“ seien die Einschränkungen des leistungsberechtigten Personenkreises und „unvertretbar“ die Leistungsausschlüsse und -einschränkungen, heißt es in der Erklärung. Sehr kritisch bewertet das Bündnis auch die Regelung zur Einkommens- und Vermögensanrechnung. Bislang konnten Behinderte nichts für ihre Alterssicherung oder Anschaffungen ansparen. Maximal über 2600 Euro Reserve darf ein Behinderter verfügen. Künftig sollen bis zu 50 000 Euro angespart werden dürfen. Hier sieht das Bündnis zwar einen Fortschritt, letztlich sei die Regelung aber nicht ausreichend, die Freibeträge müssten „deutlich angehoben werden“.

DGB-Stellungnahme:

www.dgb.de/-IVUU

Bündnis-Erklärung:

www.dgb.de/-lgdu

● TELEGRAMM

Roboter werden uns die Arbeit nicht so schnell abnehmen, stellte der Wissenschaftler Norbert Elkman vom Fraunhofer-Institut bei einer Bundestagsanhörung im Ausschuss Digitale Agenda fest. Der Wirtschaftsinformatiker Oliver Bendel schlug vor, für alle Roboter, die dennoch einen Beschäftigten ersetzen, eine „Robotersteuer“ zu erheben.“

Basisschutzsysteme für Entwicklungsländer wollen die Koalitionsfraktionen aufbauen. In ihrem Antrag plädieren CDU/CSU und SPD für eine gesundheitliche Grundversorgung, Einkommenssicherheit und Absicherung bei Arbeitslosigkeit. An der Umsetzung sollen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen mitwirken.

Tiger, Kirchenmäuse und Tarifbindung

Auf unzähligen Plattformen können Menschen online private Autofahrten, Babysitter oder Putzkräfte buchen – vor allem im Handwerk boomen die Portale. Das Geschäftskonzept der Plattform-Ökonomie geht allerdings häufig auf Kosten der Menschen, die ihre Dienste anbieten.

Plattform-Ökonomie. Mit einem coolen Firmennamen kommen die meisten Online-Vermittlungsportale daher. „Book a Tiger“ – zu deutsch „Buch einen Tiger“ – heißt einer dieser digitalen Anbieter für Putzkräfte. Die Geschäftsidee: Selbstständige Reinigungskräfte werden per Onlineportal an private Haushalte vermittelt. Der Kunde zahlt rund 15 Euro pro Stunde. Er kann die Einsatzzeiten flexibel gestalten und sich per Steu-

Mindestabsicherung für Menschen, die ihre Arbeitskraft auf Plattformen anbieten. „Die Digitalisierung im Handwerk darf nicht dazu führen, dass sich prekäre Arbeit ausbreitet“, so Dittke.

Nicht nur Putzkräfte werden online vermittelt. Mittlerweile gibt es Portale in der Sanitär- und Heizungsbranche, im Maler- oder Tischlerhandwerk. Die Gewerkschaften warnen vor einer zunehmenden Zergliederung der Produktionsprozesse durch die Digitalisierung, etwa im Tischlerhandwerk. Der Kunde gibt online auf einer Internetplattform die Aufgabe zum Beispiel für einen neuen Kleiderschrank an und wählt einen Produkttyp aus.



Zum internationalen Tag der Gebäudereiniger am 15. Juni forderte die IG BAU mehr Respekt für Reinigungskräfte

erklärung einen Teil seiner Kosten zurückholen. Die Putzkraft erhält abzüglich einer Vermittlungsgebühr das Geld. Der Haken für viele Solo-Selbstständige: Am Ende bleibt nach Steuern und sozialer Absicherung viel zu wenig zum Leben. Tiger am Staubwedel, Kirchenmaus im Leben.

Anfang des Jahres vollzog das Portal eine Kehrtwende. „Book a Tiger“ will 500 Reinigungskräfte fest einstellen. Sowohl Kunden als auch MitarbeiterInnen würden ein festes Arbeitsverhältnis bevorzugen, gab die Geschäftsführung bekannt. Diese Begründung verschleierte die massive öffentliche Kritik, die es am Unternehmen gab. Mangelnde Qualität der erbrachten Dienstleistungen und fehlende Kontinuität waren nur einige Beschwerden. Fakt ist: Den Solo-Selbstständigen konnte das Unternehmen nicht vorschreiben, wann sie wo zu putzen hatten. „Book a Tiger“ will nun mit festangestellten MitarbeiterInnen für mehr Qualität sorgen. Doch damit bleibt „Book a Tiger“ eine Ausnahme. Andere Anbieter, wie etwa Helpling, setzen weiterhin auf selbstständige Reinigungskräfte.

Der DGB warnt vor den Risiken dieses Geschäftsmodells. „Viele Plattformen weigern sich, ihre Funktion als Arbeitgeber anzuerkennen. Das hat negative Folgen für die Solo-Selbstständigen – sie verdienen schlechter, haben keine Absicherung bei Dienstaussfall und sind sozial nicht ausreichend versichert“, erklärt DGB-Handwerksexperte Helmut Dittke. Zudem verzerren die Plattformen den Wettbewerb in den Branchen. Unternehmen, die ihrer Verantwortung nachkommen – also Tariflöhne zahlen und ihre MitarbeiterInnen absichern – geraten ins Hintertreffen. Dittke nimmt die Politik in die Pflicht und fordert eine verbindliche

Die Tischlerei schreinert daraufhin nach Wunsch den Schrank. Ein Spediteur liefert, und ein selbstständiger Möbelschreiner übernimmt den Aufbau. „Dort wo vor einigen Jahren noch eine Tischlerei für alle Arbeitsschritte zuständig war, sind heute auch Speditionen und selbstständige Möbelschreiner am Prozess beteiligt. Sie alle werden, wenn überhaupt, nach verschiedenen Tarifverträgen bezahlt“, stellt Dittke fest. Der DGB warnt vor einer schleichenden Erosion der Tarifbindung. Dieses und viele weitere Themen diskutieren Gewerkschaften und Arbeitgeber im vom Bundeswirtschaftsministerium initiierten Branchendialog Handwerk. „Wir müssen gemeinsam Antworten auf die digitalen Herausforderungen im Handwerk finden“, so Dittke.

Auch auf europäischer Ebene hat die Politik die Plattform-Ökonomie ins Auge gefasst. So ist sie unter anderem Thema in einer Mitteilung der EU-Kommission mit dem Titel „Den Binnenmarkt weiter ausbauen: mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen“. Darin warnt die Kommission vor „unnötigen Hindernissen in Form von Vorschriften“ für die Branche. Die Kommission kündigt „Durchsetzungsmaßnahmen“ an, mit denen verhindert werden soll, dass nationales Recht die „partizipative Wirtschaft“ grundlos behindert. In einer Stellungnahme warnt der DGB davor, Sonderrechte für Online-Plattformen zu schaffen. Vielmehr sollen für sie die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie für herkömmliche Anbieter gelten. Es müsse verhindert werden, dass sich plattformbasierte Anbieter durch Umgehung von Arbeitsschutz-, Sozial-, Qualitäts- und Verbraucherschutzstandards am Markt durchsetzen. Vielmehr sollte es Ziel der EU sein, Innovationen durch gute Arbeit zu fördern. ●

Arbeit der Zukunft

Diskussionspapier. Kaiser Wilhelm II. irrte 1904 gewaltig, als er feststellte: „Ich setze auf das Pferd – das Auto ist nur eine vorübergehende Erscheinung.“ Auch wenn diese Anekdote mehr als 100 Jahre zurückliegt, eignet sie sich, um vor Fehleinschätzungen der digitalen Revolution zu warnen. „Wer meint, die digitale Technologie sei nur ein Veränderungsfaktor unter vielen oder gar irgendwie aufzuhalten, der setzt ganz sicher aufs falsche Pferd“, stellt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gemeinsam mit dem DGB-Digitalisierungsexperten Oliver Suchy in einem Diskussionspapier der Hans-Böckler-Stiftung fest. Sie kritisieren, dass in der aktuellen Debatte um Arbeit 4.0 ein politisches Leitbild für gute Arbeit und gutes Leben in einer digitalisierten Welt fehlt.

Die beiden Autoren skizzieren anhand verschiedener Themenkomplexe die gewerkschaftlichen Schwerpunkte, die für ein solches Leitbild essentiell sind. Es geht unter anderem um die Plattform-Ökonomie, um Datenschutz, Flexibilität und die Folgen des digitalen Wandels. Kritisch setzen sich Hoffmann und Suchy mit der Prognose der britischen Wissenschaftler Carl Benedikt Frey und Michael Osborne auseinander. Diese prognostizieren in einer Studie, dass 47 Prozent der Jobs in den USA durch Automatisierung gefährdet sind. Für Hoffmann und Suchy sind Zukunftsprognosen dieser Art Momentaufnahmen mit beschränkter Aussagekraft. Neue Technologien sollten dazu genutzt werden, um menschliche Arbeit nicht zu verdrängen, sondern aufzuwerten. „Es geht um eine neuartige Interaktion von Mensch mit smarten Maschinen.“ ●

IM NETZ

www.bit.ly/hbs_digi_hosu
Das Diskussionspapier von
Reiner Hoffmann und Oliver Suchy

— ● FRAGEN AN ... —



Foto: privat

Jeden Dienstag beantwortet **AVA HOUSHMAND, 28, an der DGB-Mindestlohn-Hotline Fragen zum Mindestlohn in Arabisch und Persisch.**

Was wissen die Geflüchteten vom Arbeitsmarkt oder vom Arbeitsrecht in Deutschland?

Sie wissen, dass Deutschland ein gutes Land für Arbeitnehmer ist und dass es mehr

Arbeitnehmerrechte gibt als in ihren Heimatländern. Aber konkrete Regeln und Rechte sind ihnen nicht bekannt. Viele dürfen wegen nicht abgeschlossener Asylverfahren noch nicht arbeiten, andere haben schon Hospitanzen oder Praktika gemacht.

Ist es schwierig, die Mindestlohnregeln zu vermitteln?

Die Grundidee des Gesetzes lässt sich einfach erklären. Aber die vielen Ausnahmen machen es kompliziert. Zu den Hotline-Zeiten habe ich auf dem Computer gleichzeitig viele Dokumente und Webseiten geöffnet, damit ich immer prüfen kann, ob Ausnahmeregelungen zutreffen. Außerdem ist es schwierig,

manche Begriffe aus dem deutschen Arbeitsrecht zu erklären. So gibt es keine passende Übersetzung für „Tarifvertrag“. Das muss ich umschreiben und das Konzept eines Tarifvertrags erklären.

Was muss sich ändern, damit die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt funktioniert?

Es müsste eine noch viel breiter gefächerte Beratung über die Arbeitswelt geben. Man könnte zum Beispiel regelmäßig in Flüchtlingsunterkünften Infostände mit Infomaterial und Beratung anbieten. Ich denke auch, dass Informationen über die Arbeitswelt und Arbeitsrecht Teil von Integrationskursen sein sollten. Geflüchtete brauchen auf jeden Fall mehr Möglichkeiten, sich weiter- und fortzubilden.

Die Mindestlohn-Beratung für Flüchtlinge ist dienstags zwischen 18 und 20 Uhr unter 0160 / 95 81 86 50 erreichbar. Den Mindestlohn-Flyer für Flüchtlinge gibt es in Deutsch, Englisch, Arabisch und Persisch. Download: www.dgb.de/-/gpp

Aus der Mitte

Rechtsextremismus-Studie.

Jeder Zehnte wünscht sich einen Führer, elf Prozent der Deutschen glauben, dass Juden zu viel Einfluss haben. Zwölf Prozent meinen, Deutsche seien anderen Völkern überlegen. Rund ein Viertel der Unter-30-jährigen in Ostdeutschland ist ausländerfeindlich. Ein Drittel der Deutschen hält das Land für gefährlich überfremdet. Diese Zahlen nennt die Studie „Die enthemmte Mitte“ der Universität Leipzig zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Sie entstand in Kooperation mit der Otto-Brenner-, der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Autoren Oliver Decker und Elmar Brähler kommen zu dem Schluss, dass mit der AfD aus der Mitte der Gesellschaft ein großes antidemokratisches Potenzial erwächst: „Die Ideologie des völkischen Denkens ist weit verbreitet.“ Die Studie gibt es kostenlos im Download. ●

www.bit.ly/enthemmte_mitte

— ● INTERREGIO —

Mehr **Solidarität und Integration für Geflüchtete** wollen **DGB Nord** und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Landesbischof Gerhard Ulrich hob hervor: „Dass Flucht und Migration unser Land verändern, ist nicht neu. Wir Christen gestalten diese Veränderung mit, ermutigt von Gottes Ruf: Fürchtet euch nicht!“ Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord, fordert, die Politik müsse auf „eine veränderte Arbeitswelt durch digitalen Wandel, globale Krisen und Migrationsbewegungen reagieren und aktive Politik für die Menschen machen.“

www.nord.dgb.de

Sechs Themenschwerpunkte für ein **soziales, weltoffenes Berlin** wollen der **DGB Berlin-Brandenburg** und die Gewerkschaften mit den Kandidatinnen der Parteien bis zur Berlin-Wahl im September diskutieren und Überzeugungsarbeit leisten. Es geht unter anderem um Schulsanierung und Schulbau, gute Arbeit, Bekämpfung von Schwarzarbeit und Beschleunigung des Wohnungsbaus. Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks, weist auf die strategische Bedeutung der Berliner Bezirke für eine erfolgreiche Politik in der wachsenden Stadt hin: „Das Land muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Berlin funktioniert“, dazu gehörten neben guten Konzepten auch ausreichend Personal und finanzielle Ressourcen.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des **DGB Bayern**, hat das Landesbetreuungsgeld als **Bremsklotz für die Gleichstellung** von Frauen und Männern kritisiert. Bereits im Rahmen des DGB-Frauengipfels im März war die bayerische Regierung für ihr Festhalten am Betreuungsgeld mit dem ersten Un-Gleichstellungspreis „Schwarze Petra“ ausgezeichnet worden. „Die ‚Herdprämie‘ der Bayerischen Staatsregierung konterkariert die Anstrengungen für echte Vereinbarkeit“, begründete die Jury des DGB-Bezirksfrauenausschusses ihre Entscheidung.

www.bayern.dgb.de

— ● BUCHTIPP —



Tanja Carstensen, Social Media in der Arbeitswelt – Herausforderungen für Beschäftigte und Mitbestimmung, Transcript Verlag, Bielefeld 2016, 230 Seiten, 24,99 Euro (E-Book 21,99 Euro)

Social Media trifft Arbeitswelt: Auf der Basis von 500 Unternehmensfallstudien präsentiert das Buch Ergebnisse zu den Erfahrungen, Anforderungen und Umgangsweisen von Beschäftigten und Interessenvertretungen mit Social Media. Während Unternehmen sich von „Enterprise 2.0“ eine effektivere Kommunikation, die Verbesserung des Wissensmanagements sowie die Steigerung ihrer Attraktivität für junge BewerberInnen versprechen, verändern sich die Arbeitsbedingungen und Anforderungen für Beschäftigte. Digitalisierung und Flexibilisierung führen zu neuen Herausforderungen für die Interessenvertretung.



AUFKLEBER GEGEN RECHTSPOPULISMUS

Mit kruden Vorstellungen und verschrobenen Ideen machen sich in ganz Europa Rechtspopulisten breit. In Deutschland etwa verbreiten sie wilde Theorien über die Frage, wen die Deutschen gerne als Nachbarn wollen – und wen nicht.

Angesichts solch unfassbarer Aussagen können GewerkschafterInnen nicht still

beiseite stehen. Der Graewis Verlag hat deshalb eine Aufkleber-Aktion gestartet, die sich anlehnt an die gewerkschaftliche Antirassismus-Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“.

Die klare Ansage „Mach meinen Nachbarn nicht an“ gibt es auf Bögen mit je sechs Aufklebern (Durchmesser: 10 cm). Ein Bogen mit sechs Aufklebern kostet drei Euro plus Versandkosten, höhere Stückzahlen sind preiswerter. Bestellungen beim DGB-Bestellservice unter www.bit.ly/aufkleber_nachbar Für Bestellungen ab 200 Bögen gibt es Sonderkonditionen – Anfragen per Mail: verlag@graewis.de

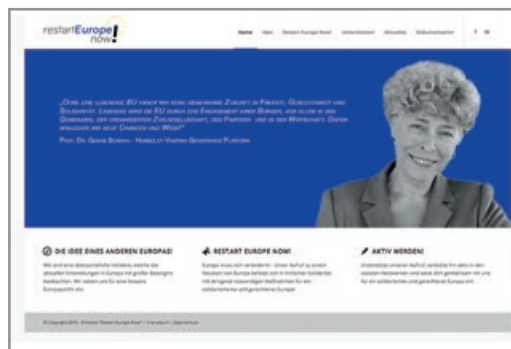
Neustart für ein soziales Europa

Europa muss wieder eine attraktive Wertegemeinschaft werden, fordert die Initiative „Restart Europe Now!“. Dafür muss die Politik umsteuern.

Aufruf. Eurokrise, Flüchtlingsdrama und nun der Brexit: Europa steckt in einer Krise. Die breite, überparteiliche Initiative „Restart Europe Now! – Für eine andere Europapolitik“ wirbt um Unterstützung für einen politischen Kurswechsel in Europa. Es geht darum, die ursprüngliche europäische Idee wiederzubeleben. Gebraucht werden „konkrete wirtschaftliche, soziale, friedenspolitische und kulturelle Initiativen und Strategien“, heißt es in dem Aufruf. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gehört zu den Unterzeichnern. Für ihn ist die Geschichte Europas „auch eine Geschichte von besseren Rechten und besseren Arbeitsbedingungen“. Doch dieser Prozess stocke gerade, und das habe „Misstrauen und Europamüdigkeit erzeugt“. Initiiert wurde der Aufruf von Mitgliedern unterschiedlicher Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, der organisierten Zivilgesellschaft, aber auch aus der Wirtschaft und Wissenschaft.

Mit dem britischen Referendum wächst der Druck auf die europäischen Institutionen und PolitikerInnen, einen anderen Weg einzuschlagen. Darüber hinaus arbeiten rechtskonservative und -extremistische eu-

ropaskeptische Parteien in einigen Mitgliedstaaten kräftig an der Erosion der europäischen Idee eines offenen und friedlichen Europas. Die InitiatorInnen des Aufrufs kritisieren aber auch die deutsche Austeritätspolitik, die die „demokratische Legitimation der EU schon seit Jahren unterminiert“. Nicht zuletzt aufgrund dieses angeblich alternativlosen politischen Kurses verliere Europa gerade bei jungen Menschen an Attraktivität. ●



www.restart-europe-now.eu

Sozialer Dialog

Europa. Mehr Informationen und Beteiligung soll es künftig für die Sozialpartner in Europa geben. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versprach kurz nach seinem Amtsantritt 2014 einen „Neustart für den sozialen Dialog“. Ende Juni haben Kommission, europäische Sozialpartner und Europäischer Rat nun eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Die Unterzeichner betonen, dass ein starker und gut funktionierender sozialer Dialog das „fundamentale Element“ sei, um Arbeitsplätze zu schaffen und ökonomische Krisen zu überwinden. Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis bekräftigte anlässlich der Unterzeichnung, dass die Erklärung die Absicht der Kommission widerspiegeln, „den sozialen Dialog weiter zu stärken“. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

— ● IN EIGENER SACHE —

Jetzt **einblick** wählen

Wer den gedruckten **einblick** weiter per Post zugestellt bekommen will, muss die **Printfassung ausdrücklich anfordern**. Wer sich nicht zurückmeldet, erhält den **einblick ab September nicht mehr in gedruckter Form**. Bestellt werden können Print- und E-Mail-Abo über verschiedene Kanäle: ► **per Brief** – zum Beispiel mit dem Formular unten ► **per E-Mail an:** einblickabo@dgb.de (mit allen notwendigen Adressangaben aus dem Formular) ► **per Online-Formular:** www.dgb.de/einblickabo ► **per Fax an:** 030/240 60 324 Für E-Mail-Abonnenten bleibt beim Bezug alles wie gehabt, sie müssen sich nicht zurückmelden.

Wahlschein

Bitte ausgefüllt, ausschneiden und mit 70 Cent frankiert im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

Bitte ankreuzen:

Ich will den **einblick** weiterhin im **Print-Abonnement** beziehen

Ich möchte den **einblick** künftig als **PDF per E-Mail** erhalten

**DGB-Bundesvorstand
Abteilung Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit – Vertrieb einblick
Henriette-Herz-Platz 2**

10178 Berlin

Vorname

Nachname

Firma/Organisation

Adresszusatz (z.B. Abteilung)

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Ort

E-Mail-Adresse

Abo-Nummer (falls bekannt, siehe Adressaufkleber)

— • KURZ & BÜNDIG —

EVG Die EVG kritisiert Pläne der Bundesregierung, den Schienenpersonenfernverkehr noch stärker als bisher zu belasten. „Die Folgen werden Streckenstilllegungen, Angebotskürzungen und Arbeitsplatzabbau sein“, betonte Kirchner. Demnach soll der Fernverkehr künftig einen überproportional steigenden Anteil an der Schienenmaut tragen. Die Schiene müsse viel mehr Kosten schultern, als die Straße. „Der Fernbus zahlt überhaupt keine Maut, für den LKW wurde sie gesenkt, aber die Schiene soll nun weitere ungerechtfertigte Belastungen tragen – das machen wir nicht mit“, so Kirchner.

IG Metall begrüßt, dass bei der Übernahme des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch einen chinesischen Investor wesentliche Bedingungen zu Eigenständigkeit, Standorten und Beschäftigung sowie dem geistigen Eigentum von Kuka vereinbart wurden. Michael Leppke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Augsburg und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Kuka AG, sieht vor allem den Geltungsrahmen bis Ende 2023 als wichtiges Signal.

Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow warnt davor, Daten deutscher Staatsbürger uneingeschränkt an internationale oder ausländische Sicherheitsbehörden weiterzugeben. „So dringend und notwendig eine verbesserte Zusammenarbeit und ein besserer Informationsaustausch mit ausländischen Behörden auch sind, sollen Daten deutscher Staatsbürger nur in solche Länder gegeben werden können, die ein vergleichbares rechtsstaatliches Niveau besitzen.“

IG BCE und Arbeitgeber haben sich in der chemischen Industrie auf einen Tarifabschluss geeinigt. Demnach steigen die Entgelte der 550 000 Chemie-Beschäftigten um insgesamt 5,3 Prozent. Im ersten Schritt erfolgt eine Anhebung um 3,0 Prozent, nach 13 Monaten eine weitere um 2,3 Prozent. Außerdem wollen die Chemie-Tarifparteien das Vertragswerk „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ weiter entwickeln und ausbauen.

Tarifverträge bringen mehr

ver.di-Aktionswoche. Tarifverträge genießen bei den Beschäftigten in allen Altersgruppen ein hohes Ansehen. 94 Prozent der ArbeitnehmerInnen halten eine tarifliche Absicherung für sehr wichtig oder wichtig. Die Zustimmung steigt mit zunehmendem Alter und Berufsjahren. Das zeigt eine aktuelle Repräsentativumfrage von TNS Infratest im Auftrag von ver.di. Die Ergebnisse hat ver.di im Rahmen der Aktionswoche „Gute Arbeit – Gute Löhne. Tarifverträge bringen mehr“ Ende Juni genutzt, um in Betrieben mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern über die Vorteile der Tarifbindung zu sprechen.

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist die Umfrage „einerseits eine grundsätzliche Bestätigung unserer bisherigen Tarifpolitik, andererseits die klare Aufforderung an Gewerkschaften und Politik, noch mehr für die Tarifbindung in Deutschland zu tun“. Nur noch rund 60 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Geltungsbereich eines Tarifvertrages. Wer weniger als 1500 Euro verdient, ist meist auch nicht über einen Tarifvertrag abgesichert (54 Prozent). Aber auch bei höheren Einkommen haben rund ein Drittel der Befragten keine Tarifbindung.

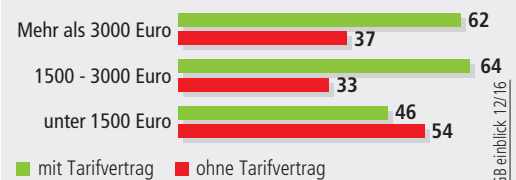
Es gelte, den Abwärtstrend zu stoppen und wieder mehr Betriebe in die Tarifbindung zu bringen, so Bsirske. Tarifverträge nutzen nicht nur den Beschäftigten.

„Auch die Unternehmen profitieren, weil sie auf der Basis von Tarifverträgen den Wettbewerb über gute Produkte, Dienstleistungen und Innovationen austragen können, statt sich gegen Dumpinglohn-Konkurrenz wehren zu müssen“, erklärt Bsirske. Die große Mehrheit der Befragten gab an, sie sei bereit, für kollektive Regelungen zu kämpfen. Über die Hälfte der Frauen (52 Prozent) geht davon aus, dass sich ihr Einkommen durch die Einführung eines Tarifvertrages verbessern würde. Bei den Männern sehen 32 Prozent die Chance auf höhere Löhne. ●

! www.bit.ly/verdi_ak_tv

Vorteil Tarifvertrag

Monatliches Haushalts-Nettoeinkommen von Beschäftigten, die in Betrieben mit und ohne Tarifvertrag arbeiten (Anteile in Prozent)



Quelle: TNS Infratest im Auftrag von ver.di 2016

Beschäftigte in Betrieben mit Tarifvertrag sind klar im Vorteil – sie verdienen mehr Geld.

Lohngerechtigkeit jetzt

Appell. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und an alle Abgeordneten des Bundestages fordert der DGB gemeinsam mit weiteren Verbänden, das von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) vorgelegte Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit und Transparenz endlich auf den Weg zu bringen. Für Frauen verbesserten sich damit die Chancen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine eigen-

ständige Alterssicherung. Zudem werde die partnerschaftliche Aufgabenteilung von Job und Familie endlich auch rechnerisch möglich. Eine eigene Initiative hat die NGG dazu auf einer Betriebsrätekonferenz Ende Juni gestartet. Mit einem „Equal-Pay-Appell“ will die Gewerkschaft die unionsgeführte Bundesregierung noch vor der Sommerpause auf die Defizite ihrer Gleichstellungspolitik hinweisen. ●

! www.dgb.de/-/gH5

Schallende Ohrfeigen

DIHK. Die IG BAU begrüßt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen die politische Einflussnahme des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Die Richter kritisierten, dass sich der DIHK mit seinen politischen Äußerungen außerhalb des gesetzlich gewährten Rahmens bewege. Betrieben stehe deshalb ein Anspruch auf Austritt

zu. Das Urteil sei eine schallende Ohrfeige für den DIHK, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. „Noch deutlicher lässt sich kaum ausdrücken, dass sie ihrer Aufgabe nicht nur nicht gerecht geworden sind, sondern sie ihre Kompetenzen weit überschritten haben.“ Die einseitige Einmischung in allgemeine, sozial- und arbeitsrechtliche Themen habe laut dem Urteil nichts mehr mit Politikberatung zu tun, so Feiger. ●

Schifffahrt ohne Personal

Bundesregierung. Aus Protest gegen eine neue Schiffsbesetzungsverordnung hat ver.di das Maritime Bündnis verlassen. Die Verordnung sieht unter anderem weniger Besatzung auf Containerschiffen vor. Besonders Schiffsmechanikern droht künftig die Arbeitslosigkeit. Sie sind auf Schiffen laut Verordnung nicht mehr vorgesehen. „Dieser einzige staatlich anerkannte Beruf in der dualen Ausbildung ist Grundlage vieler Karrieren in der Schifffahrt. Damit konnten SchülerInnen mit niedrigeren Schulabschlüssen im Laufe ihrer Seefahrtszeit Offiziere oder Kapitäne werden“, kritisiert ver.di-Vorstandsmitglied Christine Behle. Wenn Schiffsmechaniker nicht mehr vorgeschrieben seien, werde es sie bald auch nicht mehr geben. Das Maritime Bündnis, dem die Bundesregierung, die norddeutschen Küstenländer, der Verband Deutscher Reeder sowie ver.di angehörten. ●

Klare Positionen mit Ecken und Kanten

Überall in Europa sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern finden manche ihrer Parolen Anklang. Für die österreichischen Gewerkschaften ist das nichts Neues. Der österreichische Gewerkschafter **Roman Hebenstreit** analysiert die Ursachen für die Attraktivität der rechtspopulistischen FPÖ und skizziert Gegenstrategien.

Strategien gegen Rechts. „Wer keine Visionen hat, braucht einen Arzt“ – so kehrte der neue österreichische Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) einen legendären Ausspruch des verstorbenen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in seiner Antrittsrede ins Gegenteil um. Wenige Tage später richtete er sehr klare Worte an seine eigenen GenossInnen. Sozialdemokratische Parteien hätten in den vergangenen Jahren ziemlich viel von ihrem Profil verloren: „Wir haben

„Tiefgreifende Perspektivlosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Abstiegsängste sind längst kein Randphänomen mehr.“

den Anschluss an gesellschaftliche Entwicklungen verloren. Wir haben die Hoheit über die politischen Diskussionen verloren, weil wir keine klaren Ideen mehr präsentieren konnten.“ Damit bringt Kern das Problem auf den Punkt: Immer mehr ArbeitnehmerInnen und auch GewerkschafterInnen wählen „rechts“ oder gehen gar nicht zur Wahl.

Ausgangspunkt des Aufstiegs der rechtspopulistischen FPÖ ist das Jahr 1986. Da übernahm der inzwischen verstorbene Jörg Haider handstreichartig die Führung der Partei und katapultierte sie aus der Koalition mit der SPÖ. Trotz zahlreicher Skandale und auch Spaltungen entwickelte sich die damalige Kleinpartei von Wahl zu Wahl zur Mittelpartei, gleichzeitig ging es mit den ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP kontinuierlich bergab.

Die aktuelle Situation: Objektiv betrachtet ist Österreich relativ gut durch die Krise gekommen. Die Regierung hat seit 2008 eigentlich gute Arbeit geleistet. Eine Steuerreform brachte spürbare Entlastung vor allem für die unselbstständig Erwerbstätigen. Die Regierungsparteien in Österreich haben sich in den letzten Jahren darauf verstanden, die von ihnen ausverhandelten Kompromisse zu verkaufen und ihre eigenen Positionen – aus falsch verstandenem Harmonienedenken – hinten zu stellen. Das mag auf dem ersten Blick angesichts der Wirtschaftskrise einleuchtend erscheinen, birgt gleichzeitig aber auch eine große Gefahr: Die Menschen „an der Basis“ wissen zunehmend nicht mehr, wofür die eigene Partei steht. Positionen werden verwässert, wenn man nicht mehr artikuliert, wofür man eigentlich eintritt. Was unterm Strich bleibt, sind unpopuläre Maßnahmen und Kompromisse, mit denen die eigene Basis nicht glücklich ist.

Während die Wählerbasis der Sozialdemokraten schrumpft, gelingt es den sozialdemokratischen GewerkschafterInnen, bei den Wahlen in den Betrieben ihren teilweise sehr hohen Stimmenanteil zu halten und teilweise sogar auszubauen – bei einer hohen Wahlbeteiligung. Rein nach den Gesetzen der Mathematik bedeutet dies, dass ein Teil der ArbeitnehmerInnen im Betrieb links, auf Landes- und Bundesebene aber rechts wählen. Ein ebenso großer Teil verabschiedet sich in die innere politische Emigration und bleibt überhaupt dem Urnengang fern.

Die Ursachen liegen in einer zunehmenden Perspektivlosigkeit. Die FPÖ-Wählerschaft kollektiv als „Nazis“ zu bezeichnen, wäre zu kurz gegriffen. Tiefgreifende Perspektivlosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Abstiegsängste sind längst kein Randphänomen mehr. Menschen, die sich bescheidenen Wohlstand geschaffen haben, haben Angst, diesen zu verlieren. Die FPÖ-Ergebnisse in Kleingartensiedlungen sind ein Beleg dafür. Die „Generation Y“ hat immer stärker das Gefühl, aus eigener Kraft nicht den Lebensstandard der Elterngeneration erreichen zu können. Aus dieser Verunsicherung schöpfen die Protestparteien ihre Kraft. Es wird mit diffusen Ängsten Politik gemacht, indem Feindbilder konstruiert werden, auf die Probleme projiziert werden. Ob nun wahlweise die Flüchtlingskrise, der Islam oder die EU an allem schuld ist, spielt eine untergeordnete Rolle.

Wir haben die Hegemonie über die Stammtischdiskussionen verloren. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Menschen auf ihre Fragen zu oft die falschen Antworten bekommen, PR-Strategen haben

„Wir brauchen Visionen, aus denen die Menschen wieder Hoffnung schöpfen können.“

mehr oder weniger die Politik übernommen. Wer seine Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bekundete, bekam die „ausgezeichnete“ Arbeitsplatzstatistik vor die Nase geknallt. Die „kleinen Leute“ fühlen sich von der Politik nicht mehr repräsentiert.

Als GewerkschafterInnen müssen wir uns selbstkritisch die Frage stellen, ob wir nicht viel zu lange Teil des Problems anstatt der Lösung waren. Wir brauchen wieder klare Positionen mit Ecken und Kanten. Wir müssen endlich wieder zu einer Sprache finden, die die Menschen auch verstehen. Und wir brauchen Visionen, aus denen die Menschen wieder Hoffnung schöpfen können. ●



Foto: ÖBB Konzernvertretung

Roman Hebenstreit, 44, ist stellvertretender Vorsitzender der österreichischen Verkehrsgewerkschaft *Vida* und Mitglied im Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Der gelernte Maschinenschlosser wurde 2011 zum Konzernbetriebsratsvorsitzenden der Österreichischen Bahnen (ÖBB) gewählt. In dieser Funktion saß er dem Ex-ÖBB-Chef und heutigen österreichischen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) am Verhandlungstisch gegenüber.

● MEHR ZUM THEMA

Vormarsch der Rechten

Österreich ist knapp einem rechtspopulistischen Staatsobehaupt entkommen. Der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer hatte gute Chancen, zum Bundespräsidenten gewählt werden. Nur knapp unterlag er dem grünen Kandidaten Alexander van der Bellen. Die Österreicher stehen nicht allein da mit guten Wahlergebnissen für rechtsorientierte Parteien. Zunehmend breitet sich rechtes Gedankengut in Europa aus.

Kontinuierlichen Zulauf verzeichnet die Front National mit ihrer Führungsfigur Marine Le Pen in Frankreich. Die Briten haben nicht zuletzt wegen des erfolgreichen Nigel Farage von der UKIP die konservative Regierung in Not gebracht. Die Angst vor dem Stimmenverlust an die rechte UKIP führte mit zur Brexit-Abstimmung auf der Insel.

In den Niederlanden kämpft Geert Wilders schon seit Jahren erfolgreich um Stimmen für seine *Partij voor de Vrijheid*. In Deutschland sammelt die AfD zunehmend Erfolgsleute aller Schichten hinter sich. Sie alle nutzen nun auch den Brexit, um gegen Europa zu agieren.

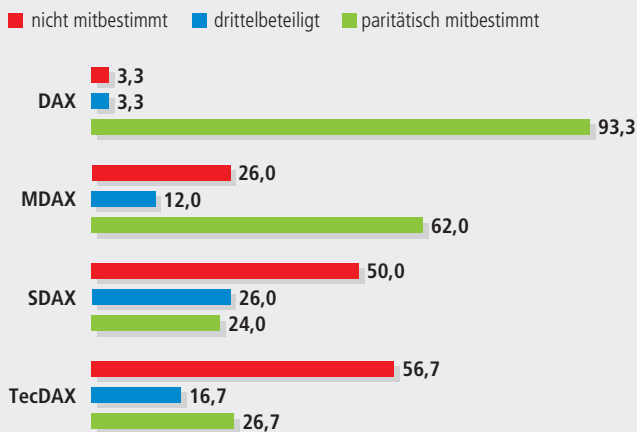
— ● DIE DGB-GRAFIK —

Der neue Mitbestimmungsindex MB-ix zeigt, wie stark Mitbestimmung in Unternehmen verankert ist. Der Indikator wurde vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung entwickelt. In kleinen und auf Hochtechnologie ausgerichteten, börsennotierten Unternehmen spielt Mitbestimmung eine geringere Rolle als in den großen DAX-Unternehmen. Für den MB-ix wurden Daten von Unternehmen analysiert, die in den vier deutschen Börsenindizes DAX, MDAX, SDAX, TecDAX gelistet sind. | www.bit.ly/boeckler_MB-ix

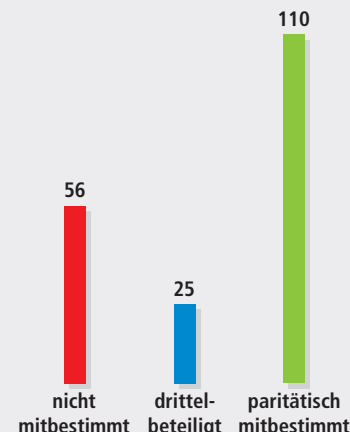
Aufsichtsräte: Kleinere Unternehmen häufig ohne Mitbestimmung

Anteil verschiedener Formen von Unternehmensmitbestimmung in deutschen börsennotierten Konzernen (in Prozent)

■ nicht mitbestimmt ■ drittelteteiligt ■ paritätisch mitbestimmt



Von den Unternehmen in den vier deutschen Aktienindizes waren 2013...



Quelle: www.lohnspiegel.de / Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung 2016

© DGB einblick 12/16

— ● DAS STEHT AN —

+++ Am 5. Juli befasst sich der Verkehrsausschuss des Bundestags mit dem **Eisenbahnregulierungsgesetz**. Die EVG befürchtet riesige Mehrbelastungen für den Fernverkehr auf der Schiene, da offenbar geplant ist, die Schienenmaut für den Fernverkehr deutlich zu erhöhen. Deshalb ruft die Gewerkschaft zu einer Protestaktion am Vortag, am 4. Juli, vor dem Bundesverkehrsministerium in Berlin auf. Das Motto lautet: „Werde #Bahnretter!“ Der Bundestag wird sich am 7. oder 8. Juli in zweiter und dritter Lesung mit dem Gesetz befassen. www.evg-online.org

+++ Vom 6. bis zum 8. Juli trifft sich der Bundestag zu seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause. Unter anderem wird Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. Juli eine **Regierungserklärung** zu den Ergebnissen des Europäischen Rates Ende Juni in Brüssel abgeben. Zudem wird sie Stellung zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau nehmen. In der Plenarsitzung am 8. Juli debattieren die Fraktionen unter anderem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Mutterschutzrechts. www.bundestag.de

+++ Der Bundesrat kommt am 8. Juli zur Plenarsitzung zusammen. Unter anderem wird die Länderkammer über die Reform der **Erbschaftsteuer** sowie über Gesetze zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts und zur Digitalisierung der Energiewende abstimmen. Außerdem entscheidet der Bundesrat über ein Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsstatus in der Arbeitslosenversicherung. www.bundesrat.de

— ● IN ERINNERUNG AN GÖTZ GEORGE —



Engagiert gegen Rassismus und mit dem Herzen bei den Kumpels im Revier:

Am 19. Juni ist Götz George im Alter von 77 Jahren verstorben. George war nicht nur ein begnadeter Schauspieler und Kult als Kommissar Horst Schimanski im Duisburger Tatort, er engagierte sich auch gegen Ausländerfeindlichkeit oder für die Stahlkocher, als Thyssen-Krupp in den 1980ern das Duisburger Werk dichtmachte. Keine Frage, am Set wurde für die Kumpels gesammelt.

Genauso wenig zögerte George,

als er 1985 von Klaus Lage und Günter Wallraff von „Mach meinen Kumpel nicht an“, der Aktion der DGB-Jugend gegen Ausländerfeindlichkeit, hörte. „Die Aktion muss unbedingt verbreitet werden. Da ist natürlich ein Typ wie der Schimanski genau der Richtige“, erklärte er 1986 gegenüber dem DGB-Jugendmagazin 'ran'. Gesagt, getan: Gleich in zwei Tatort-Krimis trug Schimmi die Gelbe Hand am Revers. Und sogar das Drehbuch änderten die Schauspieler, um auf die Aktion hinzuweisen.

Mehr: | www.einblick.dgb.de

— ● SCHLUSSPUNKT —

„Wir denken darüber nach, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, und arbeiten daran. Wenn wir dabei nicht das verteidigen, was uns selbstverständlich geworden ist, dann werden wir es verlieren.“

Rita Süßmuth, ehemalige Bundestagspräsidentin und CDU-Politikerin, in der ARD-Sendung Panorama vom 23. Juni.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
Geschäftsführerin: Anne Graef **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Bernd Kupilas, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Freigestellte Betriebsratsmitglieder

Abmelden beim Verlassen des Betriebs

Freigestellte Mitglieder des Betriebsrats sind verpflichtet, sich beim Arbeitgeber unter Angabe der voraussichtlichen Dauer der Betriebsrats Tätigkeit abzumelden und sich bei der Rückkehr in den Betrieb zurückzumelden, wenn sie außerhalb des Betriebes Betriebsratsaufgaben nachgehen. Der Arbeitgeber kann aber nicht verlangen, dass der Ort der beabsichtigten Betriebsrats Tätigkeit vor dem Verlassen des Betriebes bekannt gegeben wird.

**Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 24. Februar 2016 - 7 ABR 20/14**

Mindestlohn

Entgeltleistungen sind anzurechnen

Teile der Vergütung, die laufend monatlich ohne besondere Zweckbindung durch den Arbeitgeber an den Arbeitnehmer als echte Entgeltleistung bezahlt werden, sind auf den Mindestlohnanspruch anrechenbar. Das gilt auch, wenn diese Leistungen formal als „Urlaubs-/Weihnachtsgeld“ bezeichnet werden.

**Arbeitsgericht Stuttgart,
Urteil vom 10. März 2016 - 11 Ca 6834/15**

Krankenversicherungsrecht

Kein Geld für Eizellenkonservierung

Die gesetzlichen Krankenkassen können zwar Leistungen für künstliche Befruchtung in ihren Satzungen vorsehen, aber nicht für das Aufbewahren von Zellen oder Gewebe durch Einfrieren in flüssigem Stickstoff als Fruchtbarkeitsreserve für Jahre oder Jahrzehnte. Das gilt auch, wenn eine Krebserkrankung vorliegt, die eine Fruchtbarkeitsreserve angebracht erscheinen lässt.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 28. April 2016 - L 1 KR 357/14 KL**

Hartz IV

Spielgewinn mindert Leistung

Hartz-IV-EmpfängerInnen müssen sich Spielgewinne als Einkommen anrechnen lassen. Als notwendige Ausgaben sind nur die Spieleinsätze absetzbar, die zum Spielgewinn geführt haben, nicht hingegen sämtliche aufgewendeten Spieleinsätze. Die Einnahmen aus Spielgewinnen sind als einmalige Einnahmen auf einen angemessenen Zeitraum aufzuteilen und monatlich mit einem Teilbetrag anzusetzen.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 15. Juni 2016 - B 4 AS 41/15 R**

Hartz IV

Urlaubsabgeltung ist Einkommen

Wird bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Urlaubsabgeltung als Ersatz für den Urlaubsanspruch gezahlt, so ist diese Zahlung regelmäßig als Einkommen in Form einer einmaligen Einnahme bei der Bewilligung von Hartz-IV-Leistungen zu berücksichtigen.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 27. April 2016 - L 13 AS 172/13**

Arbeitskleidung in Schlachthöfen

Für Sauberkeit sorgt der Arbeitgeber

In Betrieben, die Lebensmittel verarbeiten, hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass seine Arbeitnehmer saubere und geeignete Hygienekleidung tragen. Zu seinen Pflichten gehört auch die Reinigung dieser Kleidung auf eigene Kosten.

Der Fall: Die Firma stellt dem Arbeitnehmer eines Schlachthofes für seine Tätigkeit weiße Hygienekleidung zur Verfügung. Für die Reinigung dieser Kleidung zieht sie ihm monatlich 10,23 Euro vom Nettolohn ab. Der Arbeitnehmer verlangte die Rückzahlung der Abzüge. Mit seiner Klage hatte er Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer ist nicht verpflichtet, die Kosten der Reinigung der Hygienekleidung zu tragen. Das beruht auf dem allgemeinen Rechtsgrundsatz, dass die Kosten von demjenigen zu tragen sind, in dessen Interesse das Geschäft oder die Handlung vorgenommen wurde. Die Firma hat die Reinigungskosten nicht im Interesse des Arbeitnehmers, sondern im Eigeninteresse aufgewendet. Nach den Verordnungen zur Lebensmittelhygiene müssen Personen, die in einem Bereich arbeiten, in dem mit Lebensmitteln umgegangen wird, geeignete und saubere Arbeitskleidung tragen. Die Arbeitskleidung ist geeignet, wenn sie hell, leicht waschbar und sauber ist und die persönliche Kleidung vollständig bedeckt.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. Juni 2016 - 9 AZR 181/15**

Gründungszuschuss

Nur bei Wohnsitz in Deutschland

Bei einem Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland besteht kein Anspruch auf Überbrückungsgeld (Gründungszuschuss).

Der Fall: Der arbeitslose Mann beantragte bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) Überbrückungsgeld. Er beabsichtige, sich als Tauchlehrer in Deutschland selbstständig zu machen und eine Tauchscheule zu betreiben. Die Bundesagentur gewährte ihm für sechs Monate Überbrückungsgeld in Höhe von fast 12 000 €. Sechs Jahre später beantragte der Mann erneut Arbeitslosengeld. Die Bundesagentur erfuhr aufgrund von Unterlagen der spanischen Arbeitsverwaltung, dass der Mann während des Überbrückungsgeldbezugs auf Mallorca abhängig beschäftigt war und forderte das Geld zurück. Der Mann argumentierte, dass er parallel zu seiner Tätigkeit als Verwalter einer Ferienanlage Tauchkurse gegeben und seine Tauchscheule aufgebaut habe. Damit hatte er keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Für die Tätigkeit in Spanien war kein Überbrückungsgeld zu gewähren. Ein Wechsel der Tätigkeit ist nur dann unschädlich, wenn sich die Konzeption der neuen Tätigkeit nicht wesentlich von der ursprünglichen unterscheidet. Voraussetzung für die Gewährung von Überbrückungsgeld ist unter anderen eine fachkundige Stellungnahme (z.B. von der Industrie- und Handelskammer). Die vom Mann vorgelegte fachkundige Stellungnahme bezieht sich jedoch nicht auf die Tragfähigkeit einer Tauchscheule und den Vertrieb von Tauchsportartikeln in Spanien, wo die Mitbewerbersituation eine vollständig andere ist als in Deutschland. Darüber hinaus ist die Leistungsgewährung auch rechtswidrig geworden, weil der Mann in der entsprechenden Zeit weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland gehabt hat. Dies ist aber Voraussetzung für die Gewährung von Überbrückungsgeld.

**Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 23. März 2016 - L 7 AL 149/14**



Vorstand

Die IG Metall ist eine große und moderne Gewerkschaft mit rund 2,3 Millionen Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen der Metall- und Elektroindustrie und der industrienahen Dienstleistungs- und Entwicklungsunternehmen sowie des Handwerks und der Branchen Textil, Holz und Kunststoff.

Zur Verstärkung unserer Arbeitsteams bieten wir im Rahmen unserer Nachwuchsausbildung in 2017 jeweils im Mai und November ein

Trainee-Programm

Unser Angebot

- Ein zwölfmonatiges Programm mit Praxiseinsätzen auf allen Organisationsebenen (Vorstand, Bezirke, Geschäftsstellen) und Seminar- und Trainingsphasen
- Systematische Verzahnung von Theorie und Praxis
- Individuelle Planung der Einsätze, die auf einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereiten und Einblick in die Gewerkschaftsarbeit geben
- Eine Berufsperspektive mit spannenden Aufgaben bei der aktivierenden Mitgliederarbeit, bei der Betreuung und professionellen Beratung betrieblicher Interessenvertreter/innen sowie bei gewerkschaftlichen Kampagnen und der Gewinnung neuer Mitglieder

Ihr Idealprofil

- Entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung, Berufspraxis und praktische Erfahrungen in der betrieblichen Interessenvertretung, ergänzt durch berufliche und gewerkschaftliche Weiterbildung
- oder/und ein Studienabschluss (Technik-, Sozial-, Rechts-, Wirtschafts- oder Humanwissenschaften, Abschluss der Europäischen Akademie der Arbeit) und Erfahrung mit politischem oder sozialem Engagement, z.B. in sozialen Bewegungen oder Initiativen
- Sehr gute Kommunikationsfähigkeiten, Organisationstalent, Eigeninitiative und Durchsetzungsfähigkeit, Teamfähigkeit und überzeugendes Auftreten
- Hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und bundesweite Mobilität
- Neben der perfekten Beherrschung der deutschen Sprache gute Englischkenntnisse
- Eine Verbundenheit mit den Werten und Zielen der Gewerkschaftsbewegung setzen wir voraus

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen – bitte ausschließlich über unser Onlineportal auf unserer Internetseite: www.igmetall.de >IG Metall >Job & Karriere >Freie Stellen >Bundesweit >Trainee-Programm – nehmen wir bis zum 9. September 2016 gern entgegen.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Petra Behrendt,
E-Mail: petra.behrendt@igmetall.de, Telefon: 0 69 / 66 93-20 42.

IG Metall Vorstand